

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 7. September 2020

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 28. August 2020**Linke fordert Wohnbebauung nach Edeka-Schließung in Rosenstraße – Keine Befassung mit A49 Ausbau – SPD stimmt mit Grünen und Linken für Windkraftausbau in Marburg – Event-Industrie in Dagobertshausen expandiert**

In der ersten Sitzung des Marburger Stadtparlaments nach der Sommerpause tagten die Marburger Stadtverordneten aufgrund der fortdauernden Corona-Regeln wieder im großen Saal des Erwin-Piscator-Hauses. Aus den vergangenen Wochen und Monaten hatten sich aufgrund des eingeschränkten Zeitrahmens zahlreiche Anträge der Fraktionen angesammelt: Sieben Aussprachen, dazu zwei kürzere Statements pro Fraktion, waren angemeldet. Hinzu kamen vier Dringlichkeitsanträge zu den Themen: Entwicklung in der Nordstadt nach Schließung des Edeka-Markts/Rosenstraße (Marburger Linke, Grüne), Moratorium A 49 (Grüne) und Bericht zur Schließung der Kleiderkammer der Praxis GmbH Am Krekel (Grüne).

Dringlichkeitsanträge: keine Beschäftigung mit dem Bau der A 49

Auch auf aktuelle Ereignisse können die Stadtverordneten reagieren. Anträge, die kurzfristig (ohne den Umweg über die Ausschüsse) eingebracht werden, kommen aber nur auf die Tagesordnung wenn das zwei Drittel der Stadtverordneten befürworten. Die antragstellende Fraktion begründet jeweils die Dringlichkeit. So ist es Usus.

Beim Berichtsantrag zur Schließung der Kleiderkammer drängelte sich aber der Oberbürgermeister vor und schnitt somit der Grünen-Fraktion das Wort ab. Das erregte Unmut, auch bei der Marburger Linken. Folge: Einberufung des Ältestenrats mit dem Ergebnis, dass OB Spies Besse- rung gelobt.

Der Antrag für ein Moratorium zum Bau der A 49 kam nicht auf die Tagesordnung, da nur Grüne und Marburger Linke ihn für dringlich hielten. Er dann erst im September beraten werden.

Stadtjubiläum mit großem Budget – Laissez-Faire bei Neugestaltung Edeka-Gelände in der Rosenstraße

Nun konnte die beschlossene Tagesordnung bearbeitet werden – zunächst mit der Bewilligung eines Gesamtbudgets von 1,5 Millionen Euro zur Planung und Durchführung des Stadtjubiläums „Marburg800“ im Jahr 2022.

Zwei Dringlichkeitsanträge der Marburger Linken und der Grünen, ausgelöst durch die Schließung des Edeka-Marktes in der Rosenstraße und einen möglichen Verkauf des Geländes, waren auf die Tagesordnung gesetzt worden. Tanja Bauder-Wöhr forderte die Stadt auf, das Grundstück selbst zu erwerben oder über städtebauliche Verträge für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf diesem Gelände zu sorgen und wieder einen Nahversorger zu etablieren. Das wurde wortreich von der CDU/BFM/SPD-Koalition abgelehnt.

Ein Antrag der Grünen zum gleichen Thema verlangte eine spezielle Vorkaufssatzung und eine Machbarkeitsstudie für das Nordviertel. Auch dagegen stemmte sich die Mehrheit.

Linke: Kein Ausbau der Eventindustrie in Dagobertshausen - CDU reagiert allergisch auf Erwähnung von DVAG-Parteispenden

Ein Antrag der Marburger Linken wandte sich gegen die Pläne einer DVAG-Firma zum Umbau des „Hof Mengel“ in Dagobertshausen in ein Hotel. Fraktionsvorsitzende Renate Bastian: „Im Zuge der unverhältnismäßigen Ausbreitung der Eventindustrie mit Hofgut, Reitanlage, Gastronomie, Hotellerie und zahlreichen Großevents im Laufe des Jahres verändert sich der Charakter des Stadtteils, verschlechtern wachsender Lärm und Verkehr die Lebensqualität. Es droht der Ausverkauf eines Dorfes.“ Jan Schalauske verwies im Zusammenhang mit dem Wohlwollen der Stadt gegenüber den Expansionsplänen der DVAG auf deren Machtstellung und ihre üppigen Parteispenden an mehrere Parteien. Die CDU-Fraktion empfand das erneut als Vorwurf der Korruption, rief nach dem Ältestenrat und forderte Genugtuung. Was nicht behauptet wurde, kann auch nicht zurückgenommen werden. Das machte Schalauske in einem Statement deutlich.

Magistratskoalition uneins beim Ausbau der Windenergie

Einen Höhepunkt fand der Freitagabend schließlich mit der ausführlichen Debatte über die Zukunft der Windenergie in Marburg, die ein Antrag der Grünen ausgelöst hatte. Rundum falsch, befand die FDP. Nicht effizient, urteilte die BfM und setzte auf Solarenergie. Die CDU machte den Bau von Windkraftwerken von der Zustimmung der Anwohner*innen abhängig. OB Thomas Spies verwies darauf, dass die StVV gar nicht befugt sei über den Bau von Windkraftanlagen in Marburg zu beschließen, da dieser Beschluss längst durch die Regionalversammlung Mittelhessen erfolgt sei.

Stefanie Wittich machte deutlich, dass die Marburger Linke den Ausbau der Windenergie in Marburg auf den seitdem dafür vorgesehenen Flächen befürwortet. Die Bedingung der Marburger Linken, dass die Stadtwerke oder Genossenschaften beim Bau zum Zuge kommen sollen, wurde im Antrag berücksichtigt. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Marburger Linke wurde der Antrag angenommen. Die Magistratskoalition zeigte sich in dieser Frage, die für die Erreichung der Klimaziele nicht unerheblich ist, uneins.

Mit dieser Debatte war das Zeitkontingent der Sitzung erschöpft. Weitere Aussprachen mussten vertagt werden.

In einem letzten Beschluss wurde die Direktwahl des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin einstimmig auf den Termin der Kommunalwahl am 14. März 2021 festgelegt.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich